

Bern, 24. August 2023

Parteienrating des Konsumentenschutzes (2019-2023)

Legislaturbilanz: Das sind die konsumentenfreundlichsten Parteien der letzten vier Jahre

Das Parteienrating des Konsumentenschutzes zeigt, dass die Unterstützung für Konsumentenangelegenheiten im Nationalrat in der laufenden Legislatur (2019-2023) bei der SP am grössten war. Auch die Mitglieder der Grünen stimmten sehr häufig für die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten. Im Mittelfeld landen die GLP und die Mitte. FDP und SVP stimmten in dieser Legislatur nur sehr selten für Konsumentenangelegenheiten.

Der Konsumentenschutz hat anhand von 40 Abstimmungen des Nationalrates in der aktuellen Legislatur (2019-2023) analysiert, welche politischen Parteien (bzw. Fraktionen) wie oft für oder gegen die Konsumentenangelegenheiten gestimmt haben.

Tabelle 1: Unterstützung von Konsumentenangelegenheiten nach Fraktionen

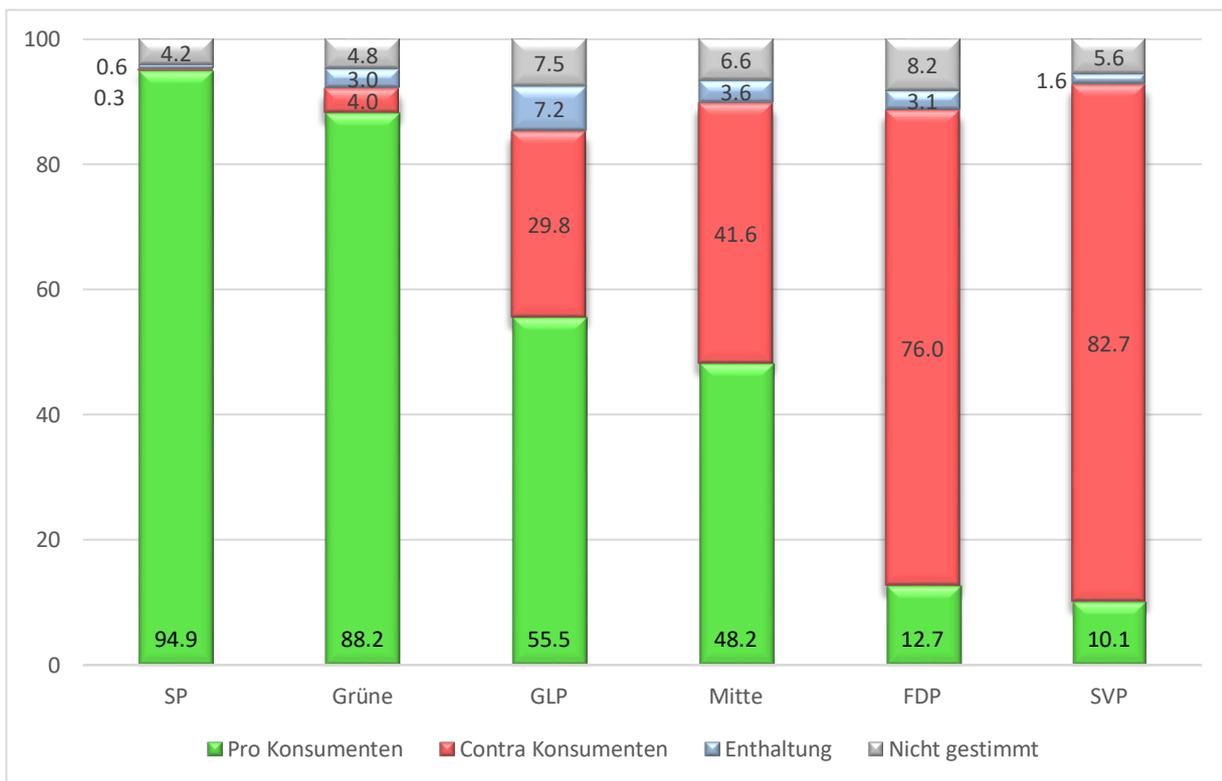


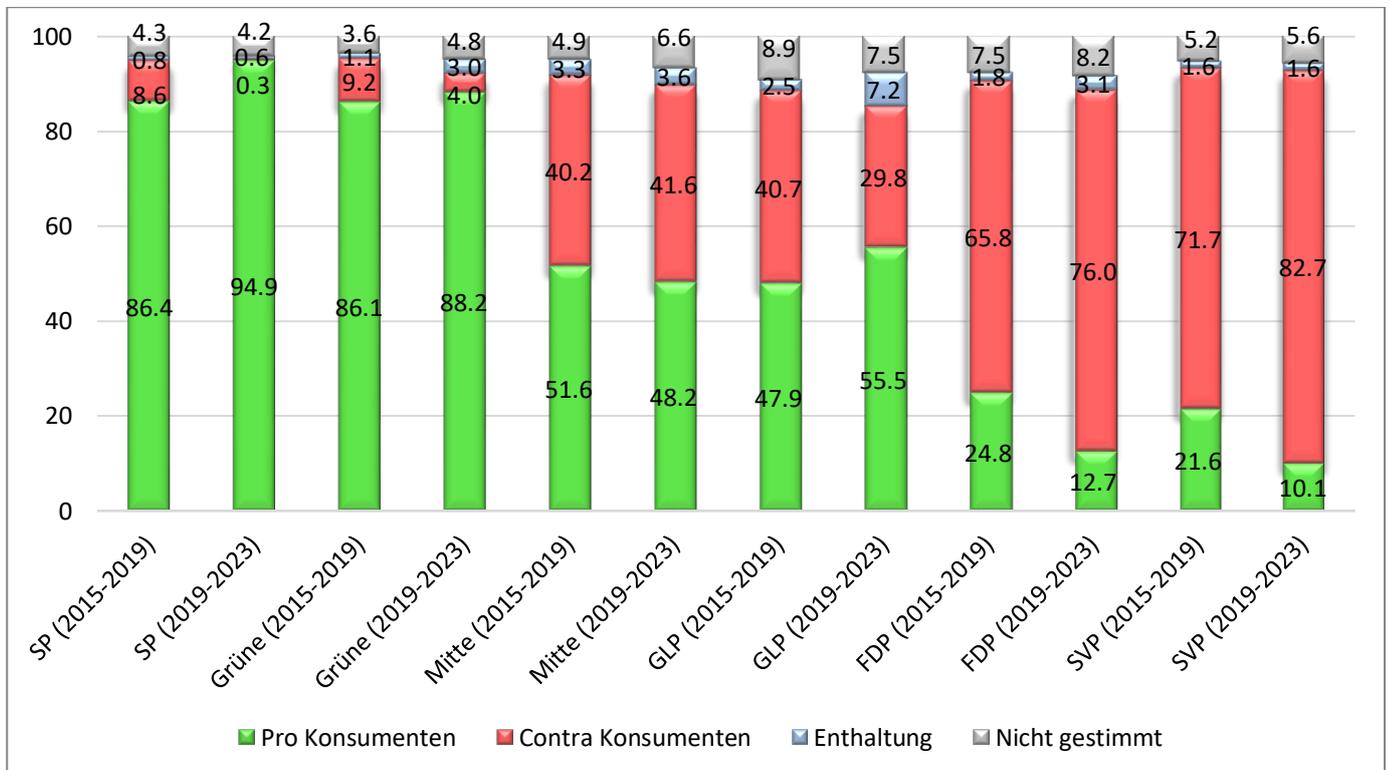
Tabelle 1 zeigt, dass die Parlamentarier der SP-Fraktion bei 94.9% aller Entscheide für die Anliegen der Konsumenten gestimmt haben, bei den restlichen Abstimmungen waren sie abwesend (4.2%), haben sich enthalten (0.6%) oder gegen ein Konsumentenangelegenheiten gestimmt (0.3%). Auf Rang 2 folgen die Grünen. Deren Parlamentarier haben in 88.2% aller Fälle für die Konsumentenangelegenheiten gestimmt. Im Mittelfeld befinden sich die Fraktionen der Grünliberalen (55.5% Zustimmung) und der Mitte (48.2%). Nur sehr selten stimmen FDP (12.7%) und SVP (10.1%) für die Anliegen der Konsumenten. Oft sind diese beiden Parteien massgeblich daran beteiligt, dass der Nationalrat konsumentenfreundliche Lösungen ablehnt.

Vergleich mit der letzten Legislatur

Wie bereits in der Legislatur [2015-2019](#) sind die SP und die Grünen auch in der aktuellen Legislatur die konsumentenfreundlichsten Parteien (siehe Tabelle 2). Etwas kritischer eingestellt sind GLP und Mitte – unter dem Strich stimmen jedoch diese beiden Fraktionen öfters für die Konsumenten als gegen sie.

Bei der FDP hingegen sank die Zustimmung für Konsumentenangelegenheiten von 24.8% (2015-2019) auf 12.7% in der aktuellen Legislatur. Die SVP bleibt jedoch die Partei, die die Konsumenten am wenigsten unterstützt – in den letzten vier Jahren bloss in 10.1% aller Abstimmungen – in 82.7% der Fälle stimmten die SVP-Vertreter gegen die Interessen der Konsumenten.

Tabelle 2: Unterstützung von Konsumentenangelegenheiten in den Legislaturen 2015-2019 sowie 2019-2023



Fazit

Konsumentenangelegenheiten werden im Nationalrat sehr stark von den linken Parteien unterstützt. GLP und Mitte stimmen mehrheitlich für die Konsumenten, wenn auch weniger oft als SP und Grüne. FDP und SVP stimmen sehr oft gegen die Interessen der Konsumenten. Dieses Bild hat sich in der aktuellen Legislatur im Vergleich zur vorangegangenen weiter akzentuiert. Sara Stalder, Geschäftsleiterin des Konsumentenschutzes, bedauert diese Entwicklung: „Konsumentenschutz sollte nicht nach einem Links-Rechts-Schema funktionieren. Schliesslich sind wir alle Konsumenten.“

Methode: So wurde das Rating erstellt

Für das Parteienrating wurden 40 Abstimmungen des Nationalrates in der Legislatur 2019-2023 ausgewählt, deren Ausgang der Konsumentenschutz als wichtig für die Anliegen der Konsumenten einschätzte (siehe Anhang). Da das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ständeräte nur teilweise veröffentlicht wird, wurden lediglich die Abstimmungen im Nationalrat berücksichtigt.

Anhang

Tabelle 3: Ausgewählte Geschäfte und Abstimmungen in der Legislatur 2019-2023

Geschäftsnummer	Titel und Abstimmung	Abstimmungsnummer	Votum pro Konsumentinnen / Konsumenten*
13.426	Pa. Iv. Poggia. Stillschweigende Verlängerung von Dienstleistungsverträgen. Mehr Informationen und Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten	21495	Ja
17.043	Versicherungsvertragsgesetz. Widerrufsrecht auch bei wesentlichen Vertragsänderungen	19887	Nein
17.043	Versicherungsvertragsgesetz. Direktes Forderungsrecht von Versicherten an Versicherungen	20163	Ja
17.059	Datenschutzgesetz. Art. 17 Abs. 2 Bst. e (Bonitätsdatenbanken)	20083	Nein
17.059	Datenschutzgesetz. Art. 5 Abs. 8 - Widerspruchsrecht zum Profiling	21280	Nein
17.060	Konzernverantwortungsinitiative (Zustimmung)	20062	Nein
18.300	Kt. Iv. St. Gallen. Keine Wertfreigrenze mehr bei Privatimporten aus dem Ausland	21625	Ja
18.3949	Mo. Sommaruga. Eine Landwirtschaft fördern, die auf Verträgen zwischen den Landwirtschaftsbetrieben und den Konsumentinnen und Konsumenten basiert	21266	Ja
18.4282	Mo. Français. Quantitative Kriterien im Kartellgesetz	22947	Nein
18.4399	Po. Birrer-Heimo. Breite Akzeptanz von Bargeld auch weiterhin behalten	22173	Ja
19.037	Stopp Hochpreisinsel. Geoblocking-Verbot (Art. 3a UWG)	22647	Ja
19.037	Stopp Hochpreisinsel. Schlussabstimmung	22748	Ja

19.046	Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1). Überprüfung der Rechnungen durch Patientenorganisationen	20477	Nein
19.046	Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1). Preise für Generika	21573	Nein
19.046	Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1). Kostenmonitoring	24448	Nein
19.3202	Mo. Nantermod. Parallelimporte von Medikamenten zulassen	22567	Ja
19.3448	Mo. Dobler. Provisorische Rechtsöffnung im Konkursverfahren	20065	Nein
19.3554	Postulat Fehlmann Rielle. Werbung und Adipositas. Wie effizient sind die Selbstregulierungsmassnahmen?	20703	Ja
19.4225	Mo. Aebi. Verlängerung des Gentech-Moratoriums	23350	Ja
19.4594	Mo. Streiff. Kreislaufwirtschaft. Längere Gerätelebensdauer durch längere Garantiefrieten	23818	Ja
19.463	Pa. Iv. Wehrli. Programm Jugend und Ernährung	22374	Ja
19.475	Pa. Iv. WAK-S. Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren	22019	Nein
20.059	Änderung Bankengesetz. Art. 37h Einlagensicherung auf 2.5% der Gesamtsumme festlegen	22769	Nein
20.068	Volksinitiative Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung	22678	Nein
20.3374	Mo. Gugger. Unter 16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten aus dem Internet schützen	24829	Ja

20.4025	Mo. Hurni. Nein zur geplanten Obszoleszenz	25103	Ja
20.433	Kreislaufwirtschaft (Art. 35i Bst. c USG). Kennzeichnung von Umweltbelastung von Verpackungen	26683	Nein
20.433	Kreislaufwirtschaft (Art. 35i Bst. d USG). Reparaturindex von Produkten	26684	Nein
21.043	Regelung der Vermittlertätigkeit. Anwendung auch für Zusatzversicherungen	24551	Ja
21.043	Regelung der Vermittlertätigkeit. Anwendung sowohl für interne als auch externe Vermittler	25975	Ja
21.063	Indirekter Gegenvorschlag zur Prämientlastungs-Initiative (Gesamtabstimmung)	25242	Ja
21.3388	Mo. Reinmann. Eingeschränkter Zugang zum Recht	26511	Ja
21.3661	Mo. Schneider Schneiter. Überhöhte Roaming-Gebühren müssen endlich abgeschafft werden	26711	Ja
21.3910	Mo. Birrer-Heimo. Höhere Eigenkapitalforderungen an systemrelevante Banken	26603	Ja
21.4312	Mo. Birrer-Heimo. Missbräuchliche Beschränkungen der Kündigungsformen verhindern	26810	Ja
21.457	Pa. Iv. Pasquier. Stopp dem Greenwashing	25252	Nein
22.3476	Mo. Masshardt. Widerrufsrecht im Online- Handel	26985	Ja
22.3793	Mo. SP. Kaufkraft schützen. Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung	25471	Ja
22.3885	Motion WAK-N. Vorabklärung des Weko- Sekretariates bzw. Untersuchung der Weko zu Wettbewerbsproblemen bei Brenn- und Treibstoffen	25590	Ja

22.4585	Po. Moser. Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien	26707	Ja
---------	---	-------	----

* „Ja“ oder „Nein“ bedeuten in der Regel Zustimmung bzw. Ablehnung zum Antrag der vorberatenden Kommission und nicht zwangsläufig Zustimmung oder Ablehnung eines bestimmten Gesetzesartikels oder Vorstosses.